

Gesetz soll die Betreuung Sterbender und deren Angehöriger verbessern

Recht auf ein Sterben in Würde

Mit dem Thema Sterben setzt sich niemand gerne auseinander. Dabei ist der Tod nun einmal untrennbar mit dem Leben verbunden. Der Bundestag hat jetzt ein Gesetz verabschiedet, mit dem die palliative Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen verbessert werden soll. Künftig hat jeder gesetzlich Versicherte einen Anspruch darauf, über seine Möglichkeiten der Vorsorge für die letzte Lebensphase informiert zu werden. Die geplanten Maßnahmen werden vom SoVD grundsätzlich begrüßt. Die angemessene Begleitung Sterbender muss nach Ansicht des Verbandes jedoch überall dort erfolgen, wo Menschen sterben. Für ein flächendeckendes Angebot an Palliativdiensten und Hospizen reiche die vorgesehene Finanzierung allerdings weiterhin nicht aus.



Foto: Photographee.eu/fotolia

Noch immer sterben die meisten Menschen im Krankenhaus, obwohl sie sich den Tod in einer ihnen vertrauten Umgebung gewünscht hätten. Ein neues Gesetz soll die Palliativversorgung stärken und die ambulante Betreuung Sterbender zu Hause verbessern.

Mit Palliativmedizin wird die Versorgung und die Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen sowie deren Angehöriger bezeichnet. Dabei werden Schmerzen gelindert und Symptome behandelt, um die Lebensqualität so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Belastende Behandlungen werden vermieden und die Patienten seelsorgerisch betreut. Damit unterscheidet sich die palliative Medizin von der ku-

rativen (heilenden) Medizin, der es auf die Genesung des Patienten ankommt.

Wo wollen wir sterben?

Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung wollen drei Viertel aller Menschen am liebsten zu Hause sterben. Die Realität sieht jedoch anders aus: Tatsächlich beendet nahezu jeder Zweite sein Leben im Krankenhaus.

Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, dass gerade im Fall einer schweren Erkrankung dort am ehesten eine umfassende medizinische Versorgung gewährleistet ist. Kliniken ohne eine spezielle Palliativstation sind jedoch meist nicht auf die adäquate Betreuung Sterbender eingerichtet. Der Schwerpunkt im Krankenhaus liegt auf der Erhaltung von Leben, nicht auf dem Erhalt von Lebensqualität.

Hinzu kommt, dass entsprechende Palliativstationen oder auch Hospize derzeit nur in etwa einem Viertel aller Stadt- und Landkreise existieren. Patienten und deren Angehörige müssten also weite Wege in Kauf nehmen.

Wie wollen wir sterben?

Auch ambulante Hospizdienste und Teams für eine spezialisierte ambulante Pal-

Fortsetzung auf Seite 2

Immer mehr Ältere sind verschuldet

Zahlen belegen Sorge des SoVD vor wachsender Altersarmut

Seite 5



Das ändert sich im neuen Jahr

Ab Januar gelten einige neue Regelungen

Seiten 6 + 7



Werkstatt der Generationen

Das Miteinander von Alt und Jung gehört an dieser Schule zum Stundenplan

Seite 3



Wir haben geholfen

SoVD setzt für Mitglied höhere Regelbedarfsstufe durch

Seite 5

Anfassen erwünscht!

Am 21. Januar ist Welknuddeltag

Seite 24



Anzeige



Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Auch 2015 war unser Verband streitbarer Ratgeber im Sozialrecht. Vielen Menschen haben wir Rückhalt und Gemeinschaft bieten können. Mit Sachverstand haben wir unsere Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit in die politische Diskussion eingebracht. In wichtigen Bereichen wurden unsere Positionen berücksichtigt: Insbesondere beim Mindestlohn, in der Pflege und in Bezug auf die bevorstehende Rentenanpassung

gingen die SoVD-Forderungen in die Gesetzgebung ein. Das zeigt, dass wir eine starke Stimme besitzen! Wir – das sind inzwischen weit über 560 000 Mitglieder – machen einen Unterschied in diesem Land! Doch wir dürfen nicht nachlassen. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist Sozialabbau zu einer bitteren Realität geworden. Langzeitarbeitslosigkeit und Einkommensarmut verschärfen die Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen mit Behinderung sind oft noch weit

entfernt von wirklicher Teilhabe. In einer Resolution, dem Sozialpolitischen Programm und mit einer Erklärung in der Frage der Flüchtlinge hat der SoVD im November die politische Agenda für dieses und drei weitere Jahre gesetzt! Zur Erreichung dieser Ziele brauchen wir jede und jeden Einzelnen von Ihnen! Ich danke Ihnen allen für Ihr großes Engagement und wünsche Ihnen ein gutes und gesundes neues Jahr!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident